

Nur gute Regelungen sorgen für gute Qualität

# Keine Billigmodelle in Kitas

**Die Bundesregierung ist unter Druck. Ab nächstem Jahr soll im Schnitt jedes dritte Kleinstkind betreut werden, doch es fehlen pädagogische Fachkräfte und Räume. Hektisch werden Lösungen präsentiert, die mit qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung wenig zu tun haben. Dagegen geht die Gewerkschaft ver.di mit ihren Forderungen an die Öffentlichkeit.**

Arbeitslose sollen ErzieherInnen werden, Kommunen denken daran, Hilfskräfte für die Kitas anzuheuern, und die Baustandards in den Einrichtungen sollen vorübergehend gesenkt werden – das sind Billigmodelle, sagt Kirsten Frank von ver.di Hessen, die nicht vereinbar sind mit dem Bildungsauftrag von Kitas.

Die Arbeit in Kindertagesstätten bedarf einer fachlich hohen Qualität für alle Kinder. Und an die hessische Landesregierung, die ein Kinderförderungsgesetz beschließen will (siehe Seite 2), appelliert Kirsten

Frank, Regelungen zu schaffen, die über die jetzige Mindestverordnung hinausgehen. Dazu gehört beispielsweise ein Personalschlüssel, der sich an den Mindeststandards der Europäischen Kommission orientiert: jeweils eine Fachkraft für drei Kinder bis 1,5 Jahre, für vier Kinder bis drei Jahre und für acht Kinder zwischen drei Jahren und Schuleintritt. Und damit sind tatsächlich Fachkräfte gemeint; SozialassistentInnen sollten die Arbeit der ErzieherInnen unterstützen, jedoch nicht angerechnet werden. Ferner fordert ver.di, dass

mindestens ein Drittel der Arbeitszeit für Vor- und Nachbereitung verfügbar ist, die Beschäftigten zehn Tage pro Jahr zur Qualifizierung erhalten und Kita-Leitungen von der Kinderbetreuung freigestellt werden.

Was nicht fehlen darf, sind geeignete Räume. „Dort, wo früher das Toilettenpapier gelagert wurde, wird jetzt eine Kleinstgruppe betreut“, sagt eine Erzieherin. Klar, den Kommunen mangelt es an bezahlbaren Räumen. Die sind aber notwendig, sagt ver.di. Mindestens zwei Quadratmeter pro Kind plus Bewegungsräume, so groß wie ein Handballfeld, ein Intensivraum sowie ein großes Außengelände.

Nur mit guten Rahmenbedingungen ist es möglich, die Kinder ihren Fähigkeiten entsprechend zu fördern.

Langzeitarbeitslose sollen umgeschult werden

## Erzieherin light?

**Eine kurze Meldung sorgte für Empörung. Die Bundesagentur für Arbeit kündigte an, 5.000 Langzeitarbeitslose zu ErzieherInnen ausbilden zu wollen. Zuvor hatte die Bundesarbeitsministerin vorgeschlagen, Frauen, die durch die Insolvenz der Drogeriemarktkette Schlecker arbeitslos werden, zu Erzieherinnen umzuschulen. Das klingt leichter, als es ist.**

„Damit wird der Eindruck erweckt, als lasse sich der Beruf von jedem lernen“, empört sich eine Erzieherin. Sie fürchtet, dass Arbeitslose im Hauruckverfahren durch eine verkürzte Ausbildung geschleust werden, damit die Bundesregierung ihr Versprechen einlösen kann, bis August 2013 den Rechtsanspruch auf Betreuung von Kindern unter drei Jahren zu garantieren. Das bestreitet die Bundesagentur für Arbeit. Man wolle weder eine Schmalspurausbildung noch eine Umschulung zur „Erzieherin light“.

ver.di begrüßt es, wenn sich engagierte Frauen und Männer für den Beruf der ErzieherIn entscheiden. Allerdings müssten die Standards für die Ausbildung eingehalten werden. Ziel sei ein vollwertiger Abschluss. Eines wird oft verschwiegen: Der Weg zur staatlich anerkannten Erzieherin ist lang. Wer in Hessen mit der dreijährigen Ausbildung starten

will, braucht die mittlere Reife und muss etliche Bedingungen erfüllen, etwa ein Vorpraktikum oder einen Berufsabschluss vorweisen.

Noch einen Haken gibt es: Die Bundesregierung hat die Mittel für Aus- und Weiterbildung gekürzt und die Vorschriften für die Umsetzung verschärft. Weil sich die Rahmenbedingungen dadurch verändert haben, wird auch die Werkstatt Frankfurt ihr Projekt nicht weiterführen, Langzeitarbeitslose zu ErzieherInnen zu qualifizieren. Denn was in Berlin verkündet wird, ist in Frankfurt längst ausprobiert. Zurzeit absolvieren mehr als 70 ehemals Langzeitarbeitslose ihr Berufspraktikum für ErzieherInnen. Uns hat allerdings keiner nach unseren Erfahrungen gefragt, wundert sich Conrad Skerutsch, Geschäftsführer der städtischen Beschäftigungsgesellschaft. 2008 wurden mehr als 4.000 Arbeitslose mit mittlerer

Reife vom Jobcenter angeschrieben, über 400 besuchten die Info-Veranstaltung der Werkstatt, 140 starteten ins Vorbereitungsjahr, etwa die Hälfte absolvierte die Fachschule für Sozialpädagogik, und über 70 stehen nun im Berufspraktikum: ein ehemaliger Betonfacharbeiter, ein Gärtnermeister und viele andere nicht mehr ganz junge Leute, die künftig als ErzieherInnen arbeiten werden. Allesamt haben sie nur Hartz IV erhalten. Erst im Berufspraktikum gibt es das tarifliche Gehalt von 1.373 Euro. Viele sind im Vorbereitungsjahr abgesprungen, „und das ist auch gut so“, sagt Skerutsch. Sie hätten erkannt, dass dieser Beruf nicht der richtige ist. Vorbei. Ein solches Projekt würde nicht mehr finanziert, weil das Vorbereitungsjahr mit hohem Praktikumsanteil nicht mehr zulässig wäre. Praktika in solchen Maßnahmen dürfen maximal sechs Wochen dauern. Inzwischen hat die Fachschule für Sozialpädagogik in Frankfurt selbst ein Bildungsträgerzertifikat, dort werden vereinzelt ALG-II-BezieherInnen aufgenommen, aber ohne Vorbereitung und ohne Lernbegleitung.



## Newsletter

für Erzieherinnen und Erzieher



August 2012

### Inhalt

**Kitas sind keine Aufbewahrungsorte**

**Papier zum hessischen Kinderförderungsgesetz: „Ein Sparpaket auf Kosten der Qualität“**

Seite 2

**Bericht über die Fachtagung für ErzieherInnen in Frankfurt**

Seite 3

**Was SozialpädagogInnen verdienen**

**Studie über Sozialunternehmen der Diakonie**

Seite 4

### Impressum

Herausgeber und V.i.S.d.P.:  
ver.di-Landesbezirk Hessen,  
Fachbereich Gemeinden,  
Kirsten Frank;  
Postfach 200 255,  
60606 Frankfurt am Main,  
Tel.: 069 2569-1242,  
Fax: 069 2569-2662,  
E-Mail: kirsten.frank@verdi.de  
Redaktion:  
Michaela Böhm, Frankfurt a. M.  
Layout:  
winterstein · grafik · design, Frankfurt a. M.  
Druck:  
Druckerei Imprinta, Obertshausen

## „Zusammen- geschustertes Programm“

ver.di kritisiert das Zehn-Punkte-Programm des Bundesfamilienministeriums zur Kinderbetreuung. „Um dem Rechtsanspruch auf Betreuungsplätze für Kinder ab einem Jahr zum 1. August 2013 gerecht zu werden, schustert Familienministerin Kristina Schröder (CDU) einen unzureichenden Plan zusammen“, erklärte Achim Meerkamp vom ver.di-Bundesvorstand. Verkürzte Ausbildungszeiten für ErzieherInnen sowie eine Erhöhung der Kinderzahl in den Gruppen würden zu einer Verschlechterung der Qualität in den Kitas führen.

Für August 2013 prognostizierte Meerkamp bundesweit eine Lücke von rund 40.000 ErzieherInnen. ver.di befürchtet, dass man auf ungelernte Kräfte zurückgreifen und eine Verkürzung der Ausbildung durchsetzen wolle.

## In Hessen fehlen 5.000 Plätze

Im Juli fehlten nach Angaben des hessischen Sozialministeriums noch rund 5.000 Plätze, um 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren ab dem nächsten Jahr einen Betreuungsplatz zur Verfügung zu stellen. Zurzeit sind in Hessen 30 Prozent erreicht. Jetzt soll das Landesinvestitionsprogramm um weitere 25 Millionen Euro auf rund 55 Millionen Euro aufgestockt werden, teilte die Landesregierung mit. Weitere 45 Millionen Euro werden vom Bund erwartet. Die Mittel sollten genügen, um das Ziel sogar zu übertreffen, heißt es in der Pressemitteilung.

Hessen hat, wie alle anderen alten Bundesländer, einen großen Nachholbedarf bei der Betreuung von Kindern unter drei Jahren. In den Städten Frankfurt, Offenbach und Wiesbaden sowie im Kreis Offenbach besteht nach Angaben des Deutschen Jugendinstituts ein Personalmangel, der es schwer machen wird, das Ziel bis 2013 zu erreichen. Dies geht aus dem Betreuungsatlas „Kita vor Ort“ hervor.

## Arbeitsbedingungen dürfen sich nicht verschlechtern

# Kitas sind keine Aufbewahrungsorte

**Ob es sich um das Zehn-Punkte-Programm des Bundesfamilienministeriums handelt oder um das geplante Kinderförderungsgesetz in Hessen – ErzieherInnen, Personalräte und die Gewerkschaft ver.di befürchten, dass sich Arbeitsbedingungen in Kitas unter dem Druck des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für unter Dreijährige weiterhin verschlechtern werden.**

„Von einer Verkürzung des Berufspraktikums halte ich nichts“, sagt Vera Reinbold, für die Kitas zuständige Personalrätin bei der



Vera Reinbold

Stadt Kassel. BerufspraktikantInnen bräuchten zunächst Zeit, um sich in einer Einrichtung zu orientieren, bis sie später selbstständig Projekte

umsetzen und sich im Team mit eigenen Ideen einbringen könnten. Ein verkürztes Berufspraktikum schade letztlich der Qualität in den Kitas, ist Reinbold sicher. Und erhöht das Risiko für die jungen Fachkräfte, im Berufsalltag nicht klarzukommen, ergänzt Ursula Lerche, Leiterin einer Kita in Frankfurt-Bergen. Auch vor einer Absenkung von Standards, wie im Bundesfamilienministerium diskutiert, warnt die Personalrätin. Dies bedeute letztlich, die Gruppen zu vergrößern. „Wenn die Gruppenstärke erhöht wird und gleichzeitig Geld gespart werden soll, indem weniger Fachkräfte eingesetzt werden, dann macht man aus pädagogischen Einrichtungen Aufbewahrungsorte für Kinder“, sagt Vera Reinbold.

Schon jetzt sei der Personalschlüssel eng bemessen, zumal die

Anforderungen – nicht zuletzt durch den Bildungs- und Erziehungsplan – ständig steigen. Danach sollte unter anderem die Entwicklungsgeschichte eines jeden Kindes dokumentiert und mit den Eltern besprochen werden. „Dokumentationen und Integrationsberichte schreiben und vieles mehr erledigen die Kolleginnen inzwischen zu Hause in ihrer Freizeit“, sagt Reinbold. Eine Umfrage in allen städtischen Kitas der Stadt Kassel bestätigte, dass die im Dienstplan festgelegte Vorbereitungszeit sehr häufig auf Grund von Personalmangel nicht genutzt werden kann. „Wir bräuchten 25 Prozent unserer Arbeitszeit zur Vor- und Nachbereitung und für Elterngespräche“, so Ursula Lerche. Die Arbeit habe sich in den vergangenen Jahren enorm verändert. Allein deshalb weil Kinder heute fast doppelt so viel Zeit in den Kitas verbrachten und damit außerhalb der Familie als früher. Doch Bildung, Betreuung und Erziehung, das geht nur mit gut ausgebildeten Fachkräften, sagt sie, kurzum: mit staatlich anerkannten ErzieherInnen.

## Papier zum hessischen Kinderförderungsgesetz

# „Ein Sparpaket auf Kosten der Qualität“

**Das hessische Sozialministerium hat im Februar ein Papier zum hessischen Kinderförderungsgesetz vorgelegt. Noch handelt es sich nicht um einen Gesetzesentwurf, aber die Ziele des Ministeriums sind erkennbar. Was sagt ver.di dazu?**

**Kirsten Frank:** Wir unterstützen ein hessisches Kinderförderungsgesetz, das die Mindestverordnung ablöst, aber Verschlechterungen werden wir nicht hinnehmen. Ein Beispiel: Die bislang gruppenbezogene Personalberechnung soll durch eine kindbezogene ersetzt werden. Das klingt harmlos. Dahinter steckt aber Folgendes: Eine Kita hat beispielsweise sieben Stunden geöffnet, einige Kinder sind aber nur fünf Stunden dort, also wird das Personal angepasst, sprich reduziert. Im Papier ist sogar die Kostenersparnis

von knapp 6.000 Euro pro Jahr für die Träger genannt. Das ist ein Personal-Sparpaket.

**Welche Haken gibt es noch?**

**Frank:** Das Ministerium operiert mit falschen Zahlen. Der Jahresurlaub ist mit 26, statt wie im Tarifvertrag mit 29 Tagen angesetzt. Zudem fehlt bei der Personalbemessung die Zeit, die ErzieherInnen brauchen, um Projekte vor- und nachzubereiten.

**Künftig sollen auch andere Berufsgruppen einbezogen werden. Eine gute Idee?**

**Frank:** Auf jeden Fall, aber nur als zusätzliche Kräfte, nicht als Ersatz für staatlich anerkannte ErzieherInnen. Stutzig machen sollte auf jeden Fall der Passus zu den Voraussetzungen. Offensichtlich reicht es dem Ministerium, wenn jemand die mittlere Reife, einen Berufsabschluss und Erfahrungen im früh-

pädagogischen Bereich hat, um eine Kindergruppe zu betreuen. Damit gehen eine Entwertung des Erzieherberufs und der Verlust von qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung einher, die der hessischen Landesregierung so wichtig ist, wie der Sozialminister neulich betonte. Was nicht verraten wird: Ohne staatliche Anerkennung werden solche Kräfte schlechter bezahlt als ErzieherInnen. Hier soll wieder auf dem Rücken der Kinder und der Fachkräfte gespart werden. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an ErzieherInnen. Das passt nicht zusammen. Wir werden das mit den



Parteien öffentlich diskutieren.  
Kirsten Frank,  
Fachbereich  
Gemeinden,  
ver.di Hessen

## Fachschule oder Bachelor?

**Die Berufsrolle von ErzieherInnen hat sich verändert. Sie haben nicht nur einen konkreten Bildungsauftrag und einen Erziehungsauftrag zu erfüllen, sondern müssen sich auch mit den gestiegenen Erwartungen und Anforderungen von Eltern auseinandersetzen. Damit haben sich auch die Ausbildungsinhalte verändert. Wichtig ist jedoch, nicht einseitig auf eine Akademisierung des Berufs zu schauen, sondern Ausbildung so zu verändern und Weiterbildung so zu organisieren, dass sie den neuen Anforderungen gerecht werden. Das wurde bei der Fachtagung deutlich, zu der ver.di im März ExpertInnen aus Wissenschaft und Politik ins Gewerkschaftshaus nach Frankfurt eingeladen hatte.**

Dr. Ilse Wehrmann, Sachverständige für Frühpädagogik, sprach sich für eine Reform der Ausbildung von frühpädagogischen Fachkräften



aus. Nur einheitliche Standards und Qualitätssicherungssysteme ermöglichen eine kontinuierliche Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern auf hohem Niveau. Dieser Anspruch zog sich durch fast alle Diskussionen auf der Fachtagung. Sowohl die Bachelor-Ausbildung als auch die hochwertige Ausbildung in den Fachschulen für Sozialpädagogik sind geprägt von den veränderten Anforderungen an die ErzieherInnen.

Darüber hinaus ging es bei der Fachtagung um die Zugänge zum Beruf, die Zusammenarbeit in der Kita und Aufstiegsmöglichkeiten von ErzieherInnen. Die unterschiedlichen Ausbildungsgänge müssen sich in der Praxis der Arbeit in den Kindertageseinrichtungen ergänzen und sind miteinander zu verknüpfen. Das wird nicht ohne gegenseitige Akzeptanz funktionieren und die Bereitschaft, voneinander zu lernen. Unterschiedliche Zugänge zum Beruf können allerdings auch eine Chance sein und den Kindern zu Gute kommen. Ein wichtiger Punkt ist auch die Weiterbildung der ErzieherInnen mit der Möglichkeit der Anerkennung von Abschlüssen. Damit sollte auch eine bessere Eingruppierung möglich sein.

### CDU will Berufspraktikum verkürzen

In einer politischen Runde mit Vertretern und Vertreterinnen aller Parteien im Hessischen Landtag forderten die ErzieherInnen die Aufwertung ihres Berufs und eine leistungsgerechte Bezahlung. Weil in Hessen mehrere tausend ErzieherInnen fehlen, waren sich alle darin einig, dass mit einer breiten Kampagne für die Ausbildung geworben werden sollte. Hans-Christian Mick (FDP) sprach sich dafür aus, ausländische Abschlüsse als Bachelor of Education anzuerkennen. Gerhard



**Die TeilnehmerInnen waren sich einig: Der Beruf der ErzieherIn muss aufgewertet und besser bezahlt werden.**

Merz (SPD) plädierte dafür, Kompetenzen aus den unterschiedlichen Qualifikationen zu bündeln und zum Wohle der Kinder in den Kita-Alltag einzubringen. Die bildungspolitische Sprecherin der Linken, Barbara Cárdenas, forderte gezielte Weiterbildungsmaßnahmen, die sich auch in der Bezahlung niederschlagen könnten.

Doch schon bei der Frage der Ausbildungszeiten gab es unterschiedliche Ansichten. So konnten sich Bettina Wiesmann (CDU) und Marcus Bocklet (Grüne) eine ver-

kürzte Ausbildungszeit bei den ErzieherInnen vorstellen. Und die CDU setzt auf eine Verkürzung des Berufspraktikums auf ein halbes Jahr. Das lehnen ver.di und die ErzieherInnen allerdings ab, und auch Ger-



hard Merz (SPD) war dafür, das einjährige Berufspraktikum beizubehalten.

In der weiteren Diskussion kündigte die familienpolitische Sprecherin der CDU, Bettina Wiesmann, ein „qualitätsorientiertes“ Gesetz für die Kindertagesstätten an. Das Gesetz soll die Mindestverordnung ablösen. Welche Anforderungen

ver.di an das neue Kinderförderungsgesetz stellt (siehe Seiten 1 und 2), ist ebenfalls Thema gewesen und hat zu einer kontroversen Debatte geführt. Eines haben die Parteien allerdings versprochen: Das Gesetz soll vor seiner Verabschiedung öffentlich diskutiert werden.

Zu der Tagung wird eine Broschüre mit den Tagungsunterlagen und Zusammenfassungen der Diskussionen erstellt.

Sie wird demnächst im Internet unter <https://gemeinden-hessen.verdi.de> veröffentlicht.

## Was sagen die ExpertInnen?

„Die Hochschulen haben sich zusammen getan und bundesweit die Kernkompetenzen für die Bachelorstudiengänge festgelegt. Ziel ist, dass zumindest die Grundqualifikationen gleich sein sollen.“

**Dr. Rahel Dreyer**, Professorin für Pädagogik und Entwicklungspsychologie der ersten Lebensjahre, Alice Salomon-Hochschule Berlin

„Die Kleinstaatlichkeit des Bildungssystems muss überwunden werden. Um gleiche Ausbildungen anzubieten, muss es dringend ein bundeseinheitliches Ausbildungscurriculum geben.“

**Dr. Ilse Wehrmann**, Sozialpädagogin, Erzieherin, Sachverständige für Frühpädagogik, Bremen und Stuttgart

„Die zunehmend befristeten Arbeitsverträge in den Kitas lassen keine Kontinuität der Arbeit zu.“

**Barbara Lochner**, Sozialpädagogin und Erzieherin, promoviert zum Thema „Teamarbeit in Kindertageseinrichtungen“ an der Universität Kassel

„Eine gut ausgestaltete Weiterbildung ist die Grundlage für jede zukunftsorientierte Arbeit in den Kitas. Dazu gehören auch die Finanzierung und die Freistellung der ErzieherIn.“

**Angelika Diller**, Diplom-Pädagogin, Deutsches Jugendinstitut München, Leiterin der Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte (WIFF)

„Das berufliche Anerkennungsjahr ist ein wichtiger Bestandteil der Ausbildung und darf auf keinen Fall gekürzt werden.“

**Michael Baumeister**, Fachschulleiter

„Die gewerkschaftspolitischen Anforderungen sind die Durchlässigkeit, Transparenz und mehr Chancengleichheit bei der Anerkennung von unterschiedlichen Bildungsabschlüssen.“

**Harald Giesecke**, Leiter der Fachgruppe Sozial-, Kinder- und Jugendhilfe in der ver.di-Bundesverwaltung, Berlin

## Monitor zur Situation Alleinerziehender

In jeder fünften Familie mit minderjährigen Kindern stemmen Alleinerziehende den Familienalltag, meist sind es die Mütter. Drei Viertel der Alleinerziehenden mit Kindern unter drei Jahren sind nicht erwerbstätig und auf Transferleistungen angewiesen. Fast 90 Prozent würden gern arbeiten, was aber daran scheitert, dass die Kinderbetreuung fehlt oder Arbeitsangebote nicht passen. Gäbe es eine flächendeckende Kinderbetreuung, könnten 110.000 Alleinerziehende erwerbstätig sein. Das geht aus dem neuen Monitor Familienforschung des Bundesfamilienministeriums zur Lebenswirklichkeit von Alleinerziehenden hervor.

Mehr dazu unter [www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de)  
Suchbegriff: Alleinerziehende.

## Kritik am Betreuungsgeld

Die Kritik am Betreuungsgeld reißt nicht ab. Auf Initiative der CSU will die schwarz-gelbe Koalition Familien, die ihre Kleinkinder nicht in einer Kindertagesstätte betreuen lassen, vom nächsten Jahr an monatlich 100 Euro bezahlen, ein Jahr später soll der Betrag auf 150 Euro steigen. Damit würden Frauen vom Arbeitsmarkt ferngehalten, bestätigen Untersuchungen aus Ländern, in denen Betreuungsgeld bezahlt wird. Nach Angaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) halte diese Zahlung besonders Frauen aus Zuwandererfamilien von der Arbeitssuche ab. Jetzt kommt sogar Kritik aus den eigenen Reihen. Im nationalen Bildungsbericht von Bund und Ländern, der im Auftrag der Kultusministerkonferenz und des Bundesbildungsministeriums erarbeitet wird, warnen die Wissenschaftler vor dem Betreuungsgeld, weil damit die Ziele des Kita-Ausbaus gefährdet würden. Der DGB forderte, die Milliarden lieber in neue Kinderbetreuungsplätze und Stellen für ErzieherInnen zu investieren.

## Was SozialpädagogInnen verdienen

# Vom Tarifvertrag profitieren

**Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen erhalten bei einer 38-Stunden-Woche durchschnittlich 2.827 Euro brutto im Monat. Zu diesem Ergebnis kommt eine Online-Umfrage des Internetportals [www.lohnspiegel.de](http://www.lohnspiegel.de), das vom WSI-Tarifarchiv der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung betreut wird.**

An der Umfrage haben sich rund 1.300 Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen beteiligt.

Allerdings gibt es in der Berufsgruppe beträchtliche Unterschiede: Am besten zahlen öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung, dort verdient jemand im Schnitt 3.242 Euro. In Kindergärten, Vor- und Grundschulen ist das Bruttogehalt rund 500 Euro niedriger, Schlusslicht ist der Bereich der weiterführenden Schulen, Erwachsenenbildung und Unterricht mit 2.438 Euro. In den Durchschnittsverdiensten sind keine Sonderzahlungen, wie Urlaubs- oder Weihnachtsgeld enthalten.

Auch zwischen den Geschlechtern und Regionen geht es nicht

gerecht zu: Sozialpädagoginnen verdienen im Schnitt rund 13 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen; die Kluft zwischen neuen und alten Bundesländern beträgt 17 Prozent. In tarifgebundenen Betrieben liegt das Monatseinkommen mit durchschnittlich 3.009 Euro jedoch höher als in tariflosen Einrichtungen.

Sinn des Lohnspiegels ist es, tatsächlich gezahlte Löhne und Gehälter offen zu legen. Das gelingt, weil Beschäftigte selbst Auskunft über ihr Einkommen und ihre Arbeitsbedingungen geben. Fast 19.000 Männer und Frauen haben sich im vergangenen Jahr rund eine halbe Stunde Zeit genommen und den Online-Fragebogen „Die

Umfrage“ ausgefüllt. Die Daten aus der Umfrage sind Basis für den Lohn- und Gehaltscheck, mit dem beispielsweise auch ErzieherInnen herausfinden können, wie viel in ihrer Branche bezahlt wird.

Den Lohnspiegel gibt es seit 2004. Gestartet ist er mit knapp zwei Dutzend Berufen, inzwischen umfasst er rund 350. Ein vergleichbares Angebot gibt es in Deutschland nicht, zumal auch keine kommerziellen Interessen hinter dem Lohnspiegel stecken.

Allerdings orientiert sich der Lohnspiegel nicht an den Details der Tarifverträge, sondern an den tatsächlich gezahlten Löhnen in allen Betrieben, auch denen, die nicht tarifgebunden sind. Wer wissen will, was ihm nach Tarifvertrag zustünde, muss sich bei ver.di erkundigen oder im WSI-Tarifarchiv nachschauen. Mehr dazu:

[www.lohnspiegel.de](http://www.lohnspiegel.de)  
[www.frauenlohnspiegel.de](http://www.frauenlohnspiegel.de)

## Studie zu Sozialunternehmen der Diakonie

# Flächendeckend Ausgliederungen

Um Lohnkosten zu reduzieren, werden bei Sozialeinrichtungen der evangelischen Kirche flächendeckend Ausgliederungen betrieben. Leiharbeit sei übliche Praxis. Zu dieser Einschätzung kommt die Studie „Leiharbeit und Ausgliederung in diakonischen Sozialunternehmen“, die von der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung gefördert wurde. Zudem wird der so genannte Dritte Weg der diakonischen Sozialunternehmen genutzt, um sich gegenüber der Konkurrenz durchzusetzen

Der „Dritte Weg“ legitimiert sich aus der Idee einer „christlichen Dienstgemeinschaft“ zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Löhne und Arbeitsbedingungen werden nicht wie sonst über Tarifverträge geregelt, sondern in Arbeitsvertragsrichtlinien, die teils deutlich unter dem Niveau des öffentlichen Dienstes liegen. Den Beschäftigten wird kein Streikrecht zugestanden,

und die Mitbestimmungsrechte in kirchlichen Mitarbeitervertretungen sind schwächer als die von Betriebs- und Personalräten. ver.di sieht sich mit der Studie bestätigt. „Wenn diakonische Einrichtungen wie normale Wirtschaftsunternehmen am Markt agieren, müssen sie sich auch den gleichen Regeln unterwerfen. Dazu gehört

auch das Recht der Beschäftigten auf Tarifverträge und das Recht auf Streik, um diese Verträge durchsetzen zu können“, sagte Ellen Paschke vom ver.di-Bundesvorstand in Berlin.

Die Studie kann unter [www.boeckler.de/pdf/pm\\_fof\\_2012\\_07\\_11.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/pm_fof_2012_07_11.pdf) heruntergeladen werden.

## Seminar für ErzieherInnen

ver.di lädt ErzieherInnen zu einem Seminar über Fachlichkeit und berufliche Perspektiven vom 19. bis 21. September ins Martin-Niemöller-Haus nach Schmitten ein. Dabei geht es darum, sich einmal jenseits der anspruchsvollen Aufgaben, die pädagogische Fachkräfte heute in Kindertagesstätten leisten, Zeit zu nehmen, um sich über fachliche Stärken und Ressourcen klar zu werden. Ein Blick in die Berufsbiografie hilft, um Berufsperspektiven zu klären. Das Seminar leiten Kirsten Frank vom Fachbereich Gemeinden bei ver.di Hessen und Helga Riebe, Erzieherin, Diplom-Pädagogin, Supervisorin und Organisationsberaterin. Für ver.di-Mitglieder ist das Seminar kostenfrei.

Programm, Infos und Anmeldeformulare gibt es in den Bezirksfachbereichen vor Ort oder bei [kirsten.frank@verdi.de](mailto:kirsten.frank@verdi.de)